

Niederschrift

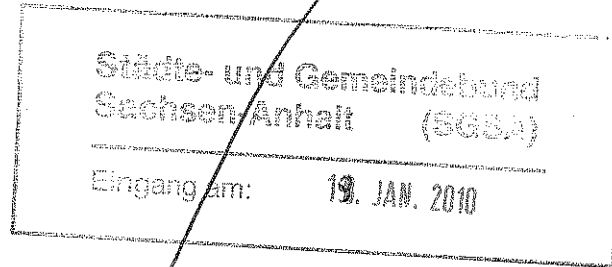
über die Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord)
am Mittwoch, 13.01.2010 in der Hansestadt Stendal, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 13:00 Uhr

Teilnehmer:

s. beigefügte Anwesenheitsliste



Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.09.2009 in der Landesgeschäftsstelle
(versandt per E-Mail am 15.09.2009)
3. Personalentwicklung und Personalbedarfsplanung;
Erfahrungsaustausch, insbesondere zu den Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen von Ausbildungsverbünden
4. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK);
Bericht der Landesgeschäftsstelle
5. Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Sachsen-Anhalt;
Organisation des Finanzbereiches
6. Leistungsorientierte Bezahlung gem. § 18 TVöD;
Sachstand zum Aufbau einer Beispielsammlung für Zielvereinbarungen
7. Erwerb von Fahrerlaubnissen für Einsatzfahrzeuge des Bauhofes und der Freiwilligen Feuerwehr
8. Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle
9. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen
10. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Herr Hell eröffnet die Sitzung des Arbeitskreises. Die mit der Einladung versandte Tagesordnung wird festgestellt.

Zu TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.09.2009 in der Landesgeschäftsstelle (versandt per E-Mail am 15.09.2009)

Die per E-Mail am 15.09.2009 versandte Niederschrift wird genehmigt.

Zu TOP 3: Personalentwicklung und Personalbedarfsplanung; *Erfahrungsaustausch, insbesondere zu den Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen von Ausbildungsverbünden*

Das Wirtschaftsministerium hat eine Analyse der Fachkräftesituation für Sachsen-Anhalt herausgegeben. Diese beinhaltet wichtige Eckdaten. Im Jahr 2008 waren 19% der Beschäftigten im Bürobereich über 55 Jahre alt. Dies entspricht 1/5 der Beschäftigten. In den Jahren 2009 – 2016 liegt der Ersatzbedarf bei 21.800 Personen. Es werden aber nur ca. 11.900 Personen ausgebildet. Dadurch entsteht dem gesamten Land ein Fehlbedarf von rd. 10.000 Fachkräften. Die Zahl der Schulabgänger wird sich in den Jahren 2016 bzw. 2020 bei ca. 16.550 Personen bewegen. Es besteht ein steigender Bedarf an Fachpersonal, der in den nächsten Jahren noch ansteigen wird.

Es wird festgestellt, dass es einigen Bewerbern oft an Qualität mangelt. Dies spiegelt sich in den schlechten Noten, ebenso in den Verhaltensformen wider. Einige Bewerber sind demotiviert, unhöflich und erscheinen schlecht gekleidet.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion, an der sich Herr Liebenehm, Herr Hell, Frau Dr. Neshau, Frau Mittendorf, Frau Jantz und Herr Heutling beteiligen, wird zunächst besprochen, was gemacht werden könnte, um den künftigen Personalbedarf sicherzustellen. Folgende Vorschläge/Maßnahmen werden unterbreitet.

- Personalreserve anlegen, aber mit hohen Kosten verbunden
- Über Bedarf ausbilden, um darauf zurückgreifen zu können
- bessere Auswahlverfahren, um geeignete Auszubildende zu finden
- in Schulen gehen, um für die öffentliche Verwaltung „zu werben“
- von Anfang an klären, in welchen Bereichen man später eingesetzt wird, z. B. Ordnungsamt
- wenn die Leistungen dementsprechend sind, gleich unbefristet einstellen bzw. für einen längeren Zeitraum
- Motivation älterer Mitarbeiter, auch noch an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen
- eventuell den Einführungslehrgang in der SIKOSA am Ausbildungsanfang erweitern

Zu TOP 4: Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK); *Bericht der Landesgeschäftsstelle*

Herr Liebenehm berichtet, dass die KID in Magdeburg ein Beteiligungsmodell mit Einbeziehung einer Genossenschaft entwickelt hat, da die Anforderungen im IT-Bereich stetig ansteigen. Die Genossenschaft wurde am 22.12.2009 gegründet. Genossenschaftsmitglieder sind Magdeburg, Barleben und die KID in Magdeburg. Anfang März wird es diesbezüglich eine Informationsveranstaltung geben. Für 5.000 Euro kann man käuflich einen Anteil an der

Genossenschaft erwerben. Das Präsidium der SGSA hat allerdings beschlossen, sich für keine bestimmte Lösung auszusprechen. Der SGSA werde in den Arbeitskreisen lediglich die Ergebnisse vorstellen.

Macht es Sinn, die IT- Bereiche auszulagern oder zu behalten? Hier gehen die Meinungen auseinander. Einige sprechen sich für den Erhalt der IT-Bereich im eigenem Haus aus und andere sehen in der Auslagerung wirtschaftliche Vorteile.

Herr Liebenehm schlägt vor, im Herbst noch einmal auf dieses Thema zurückzukommen. Er möchte den Zwischenbericht über die aktuelle Landesübersicht abwarten.

Zu TOP 5: Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Sachsen-Anhalt; *Organisation des Finanzbereiches*

Herr Liebenehm berichtet, dass der Arbeitskreis Süd nachgefragt hat, wie sich die Anpassung der internen Organisation gestaltet. Er schlägt vor, dass die Modellkommunen angeschrieben werden, um zu sehen, in welchem Umfang Fachpersonal nötig, Fortbildungen stattfinden bzw. stattgefunden haben und die Folgen in der Organisation in den verschiedenen Bereichen von statten geht.

Der Termin zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Sachsen-Anhalt ist der 01.01.2013. Eine erneute Verschiebung des Termins ist nicht mehr zu erwarten.

Die Schwierigkeit besteht bei der Findung des geeigneten Personals. Schulungen allein reichen oft nicht aus. Einige Kommunen haben sich durch die Hochschule Harz qualifizierte Mitarbeiter zur Hilfe bei der Umsetzung des Haushalts- und Rechnungswesens geholt.

Nach stattgefundener Diskussion mit allen Beteiligten wird festgestellt, dass Magdeburg seit dem 01.01.2010 mit dem neuen Haushalts- und Rechnungswesen arbeitet. Die anderen Kommunen werden in den folgenden Jahren folgen.

Einzige Ausnahme ist der Abwasserzweckverband Holtemme. Er wird nicht auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen umstellen, zumal er dazu rechtlich nicht verpflichtet ist.

Zu TOP 6: Leistungsorientierte Bezahlung gem. § 18 TVöD; *Sachstand zum Aufbau eines Beispielsammlung für Zielvereinbarungen*

Herr Liebenehm berichtet, dass die Rückmeldefrist bis zum 15.01.2010 verlängert wurde. Bisher sind lediglich 6 Meldungen eingegangen. Wenn keine weiteren Meldungen eingehen, wird keine Datenbank erstellt, da sich der Aufwand nicht lohnt. Herr Liebenehm will allerdings erst den 15.01.2010 abwarten.

Auf der Gremienseite des Arbeitskreises können die bereits eingereichten Ziele eingesehen werden.

Weiterhin gibt er an, dass das Gießkannensystem tarifwidrig sei.

Die Situation in den Kommunen ist sehr unterschiedlich. Einige sprechen sich für die systematische Leistungsbewertung, andere hingegen für die Zielvereinbarungen aus.

Verwaltungsgemeinschaften und kleinere Kommunen haben diesem Thema gegenüber eine reservierte Haltung. Die gesamte Bandbreite ist vorhanden.

Ein Großteil der Kommunen spricht sich für Zielvereinbarungen aus. In der Landeshauptstadt Magdeburg verhält sich die Situation zur Zeit 50:50. In den kommenden Jahren tendiert die Entwicklung zu den Zielvereinbarungen.

Herr Hell schlägt vor, den Sachstand in der nächsten Sitzung erneut zu klären. Dieser Vorschlag wird von allen Anwesenden begrüßt.

Zu TOP 7: Erwerb von Fahrerlaubnissen für Einsatzfahrzeuge des Bauhofes und der Freiwilligen Feuerwehr

Herr Hell schildert zunächst die Situation in der Stadt Stendal. Dort herrscht ein erhöhter Bedarf an LKW-Führerscheinen. Die Kosten eines solchen Führerscheines belaufen sich auf ca. 2.000 Euro. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung hat die Erlaubnis zum Fahrlehrer.

Die Stadt Stendal überlegt, ob es sinnvoll wäre, eine eigene Fahrschule zu gründen. Die Kosten würden sich auf ca. 1.000 Euro pro Führerschein belaufen. Eine Bedarfsabfrage bei der Freiwilligen Feuerwehr läuft bereits.

In Ausnahmefällen kann eine Förderung bzw. Übernahme der Kosten bei der Agentur für Arbeit beantragt werden.

Die Anwesenden geben an, dass sie sich bei der Stadt Stendal melden, wenn bei ihnen der Bedarf zum Erwerb des LKW-Führerscheins besteht.

Zu TOP 8: Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle

Herr Liebenehm gibt an, dass heute die erste Tarifrunde in Potsdam stattfindet. Sie wird am 31.01, 12.02 und 13.02.2010 fortgesetzt.

Die Gewerkschaft strebt eine pauschale Tarifierhöhung um 5% an.

Weitere Themen sind:

- die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden in den neuen BL
- Ost-West-Angleichung bei der Jahressonderzahlung
- Unkündbarkeit entsprechend der Regelungen in den alten Bundesländern
- neue Entgeltordnung

Aus Sicht der KAV sollte die Stärkung der leistungsorientierten Bezahlung im Vordergrund stehen. Im Rahmen der Tarifverhandlungen wird der KAV darauf zu achten haben, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Besoldungsneuregelungsgesetz

Für Beamte wird es keine finanzielle Einbußen geben. Der kommunale Dienstherr entscheidet über den Aufstieg in eine höhere Stufe.

Ziel sollte es sein, auch für Beamte die leistungsorientierte Bezahlung einzuführen.

Zu TOP 9: Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Herr Liebenehm hat keine Mitteilungen.

Frau Mittendorf fragt, ob jemand Probleme mit SGB II hat.

Außer Magdeburg ist keine der vertretenen Kommunen direkt an einer ARGE SGB II beteiligt. Die Stadt Stendal hat derzeit ca. 20 Personen zur ARGE abgeordnet. Bei Rückkehr zur Stadt erhalten die Mitarbeiter ihre alte Entgeltgruppe, da ihnen bei höherwertiger Tätigkeit lediglich Zulagen gezahlt wurden. Die Bundesagentur für Arbeit wird aber aller Voraussicht weiterhin Bedarf an den Mitarbeitern haben.

Frau Mittendorf erklärt, dass ihre Mitarbeiter nicht bereit sind zur Bundesagentur für Arbeit zu wechseln, da sie dann in allen Bundesagenturen für Arbeit eingesetzt werden könnten.

Stendal hat zum 01.01.2010 die Kindergeldberechnung, dem Wunsch des Landes entsprechend, an die Landesfamilienkasse abgegeben. Ärgerlich ist jedoch, dass die Gemeinden weiterhin für Aufgaben, die sie nicht mehr wahrnehmen und auch nicht wahrnehmen sollen, weiterhin Kosten bezahlen müssen.

Frau Liedtke fragt an, wer Auskunft zur Einstellung von Aufzeichnungen über SR-Sitzungen in das Internet geben kann. Darauf hin empfiehlt Herr Liebenehm eine Kontaktaufnahme mit Herrn Holz aus Salzwedel, der Landtagsverwaltung oder dem Landesbeauftragten für Datenschutz.

Der Landesbeauftragte für Datenschutz hat im August 2009 einen Erhebungsbogen zum Informationszugangsgesetz an einige Kommunen versandt. Das Ministerium des Innern hat sich diesen Fragebogen zu eigen gemacht und stellt ihn im Landesportal zum Download bereit. Es empfiehlt sich, den Fragebogen bei jeder Anfrage auszufüllen und an das MI weiterzuleiten, da damit der Auskunftspflicht Genüge getan wird und keine nachträglichen Recherchen im Umfang der Aufgaben erforderlich werden.

Zu TOP 10: Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die **nächste Sitzung** findet am **Mittwoch, 02.06.2010, 10:00 Uhr** in der Stadt **Burg** statt.

K. Romankewitsch
Protokollantin

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



Anwesenheitsliste zur Sitzung des Arbeitskreises Haupt- und Personalamtsleiter/-innen (Nord) am Mittwoch, 13.01.2010, in Stendal

Kommune	Name	Unterschrift
Aschersleben, Stadt	Frau Annecke	
Bernburg, Stadt	Herr Hohl	E
Biederitz-Möser	Frau Jantz	D. Jantz
Blankenburg, Stadt	Frau Hellwich	E
Burg, Stadt	Frau Liedtke	H. Liedtke
Halberstadt, Stadt	Herr Kuschel	E
Haldensleben, Stadt	Herr Heutling	H. Heutling
Holtemme, AZV	Frau Vogelsang	A. Vogelsang
Köthen, Stadt	Herr Richter	A. Richter
Magdeburg, Landeshauptstadt	Frau Mittendorf	A. Mittendorf
Niedere Börde, Gemeinde	Frau Schneider	
Oschersleben, Stadt	Frau Klare	
Quedlinburg, Stadt	Frau Goldbeck	E
Salzwedel, Stadt	Herr Holz	
Schönebeck, Stadt	Herr Kreft	H. Kreft
Schönebeck, Stadt	Herr Krüger	H. Krüger
Staßfurt, Stadt	Herr Gbur	
Stendal, Stadt <i>Kemperhacht</i>	Herr Hell	R. Hell
Wanzleben, Stadt	Frau Dr. Neshau	C. Neshau
Wernigerode, Stadt	Herr Dorff	
SGSA	Herr Liebenehm	D. Liebenehm